Standesangelegenheiten.

Neuordnung der Dienstverhältnisse der Oberamtsärzte in Württemberg.

Von Med.-Rat Dr. J. Krauss in Kirchheim und Teck.

Die gegenwärtige Ordnung der Dienstverhältnisse der Oberamtsärzte in Württemberg beruht auf der Generalverordnung vom 14. bis 22. März 1814 betr. die Organisation der Medizinalverfassung im Königreich und dem Gesetz vom 17. Juli 1824 betr. die Uebernahme des Gehalts öffentlicher Aerzte auf die Staatskasse. Inzwischen sind die Obliegenheiten der Oberamtsärzte wesentlich andere, zahlreichere geworden. Dienten diese früher vor allem zur Versorgung der Bezirke mit ärztlicher Hilfe für Kranke, waren sie als Berater der Armen, Gefangenen, Landjäger sowie als Gerichtsärzte bestellt, so ist später mehr die öffentliche Gesundheitspflege das Feld ihrer Tätigkeit geworden: sie haben in allen Gemeinden ihres Bezirks alle sechs Jahre die Gesundheitsverhältnisse nach allen Richtungen zu untersuchen, sie haben die Leichenschauer zu instruieren, die Hebammenschülerinnen vorzuprüfen, Hebammenrepetitionsurse abzuhalten, die Aufsicht über das Heilpersonal zu führen, Apotheken, Drogen- und Gifthandlungen zu visitieren, die Maßregeln bei ansteckenden Krankheiten anzugeben und zu überwachen, die öffentliche Impfung in ihrem ganzen Bezirk zu besorgen und Jahresberichte an das Kgl. Medizinalkollegium zu erstatten.

Ihre Bezahlung erfolgt zum größeren Teil durch den Staat, zum kleineren durch Gemeinde- und Oberamtsbezirke. Das pensionsberechtigte Höchstgehalt beträgt 1500 M und 200 M Wohnungsgeld. Durchschnittlich hat der Bezirk eines Oberamtsarztes 34 000 Einwohner.

Der Oberamtsarzt untersteht der Dienstaufsicht der Kgl. Kreisregierung.

In den meisten Oberämtern steht ihm als Stellvertreter und zweiter Gerichtsarzt ein Oberamtswundarzt, ein von der Amtskorporation gewählter und bezahlter, für den ärztlichen Staatsdienst geprüfter Arzt zur Seite.

Der dem Landtage zur Beratung vorliegende Entwurf eines Gesetzes betr. die Dienstverhältnisse der Oberamtsärzte lautet:

Art. 1. Zur Besorgung der auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung innerhalb des Oberamtsbezirks anfallenden medizinaltechnischen Geschäfte, sowie zur Beratung und Unterstützung des Oberamts auf dem Gebiete des Gesundheitswesens ist der Oberamtsarzt berufen.

Demselben liegt auch die Beratung und Unterstützung der Gemeindebehörden auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens ob, sofern hierfür nicht ein für den ärztlichen Staatsdienst befähigter Arzt als Gemeindebeamter im Hauptamt angestellt ist.

Art. 2. Der Oberamtsarzt hat die Durchführung der Gesetze und behördlichen Anordnungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens zu überwachen, die gesundheitlichen Verhältnisse seines Amtsbezirks, sowie die diese Verhältnisse beeinflussenden Gewohnheiten und Gebräuche, Einrichtungen, Anstalten und Betriebe zu beobachten, auf die Bevölkerung aufklärend und belehrend einzuwirken, auch erforderlichenfalls zum Zweck der Abstellung gefundener Mißstände oder Mängel die geeigneten Anträge bei den zuständigen Behörden zu stellen.

Soweit zur Erfüllung dieser Aufgaben (Abs. 1) die Einnahme eines Augenscheins oder die Vornahme von Untersuchungen an Ort und Stelle notwendig erscheint, darf dem beamteten Arzt (Art. 1, Abs. 1 und 2) das Betreten von Grundstücken und Gebäuden nicht verwehrt werden, auch ist ihm, soweit er dies zur Ermittlung einer im Verordnungswege bezeichneten übertragbaren Krankheit für geboten und ohne Schädigung des Kranken für zulässig hält, der Zutritt zu einem Kranken oder zu einer Leiche und die Vornahme der zu den Ermittlungen über die Krankheit erforderlichen Untersuchungen zu gestatten. Ferner kann bei Verdacht einer übertragbaren Krankheit der bezeichneten Art eine Leichenöffnung polizeilich verfügt werden, wenn und soweit der beamtete Arzt dies zur Ermittlung der Krankheit für erforderlich erklärt. Der behandelnde Arzt ist berechtigt, den Untersuchungen, insbesondere auch der Leichenöffnung, beizuwohnen.

Art. 3. Der Oberamtsarzt ist innerhalb seines Amtsbezirks zugleich der Gerichts-, Impf- und Schularzt, sofern für diese Geschäftszweige nicht andere Aerzte staatlich bestellt oder zugelassen sind.

Auch hat er auf Ersuchen des Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission im Frieden und im Kriege den ärztlichen Dienst beim Ersatzgeschäft wahrzunehmen, wenn ein Militärarzt nicht vorhanden und ein Stellvertreter nicht zu beschaffen ist.

Art. 4. Außerdem ist der Oberamtsarzt verpflichtet:

1. die Landjäger seines Amtsbezirks und die dem Landjägerkorps zugeteilten Angestellten an den gerichtlichen Gefängnissen seines Bezirks ärztlich zu behandeln, soweit diese Behandlung nicht anderen Aerzten obliegt;

2. die vorgeschriebenen Gefängnisbesichtigungen vorzunehmen, die Gefangenen in den Gerichts- und Oberamtsgefängnissen ärztlich zu behandeln, auch den Gesundheitszustand der Gefangenen auf amtliches Ersuchen zu begutachten;

3. über den Gesundheitszustand von Personen, welche im Reichs- oder Staatsdienst stehen oder in einen solchen Dienst einzutreten im Begriffe sind, auf Ersuchen der zuständigen Behörde ein Gutachten abzugeben, sofern dies nicht Obliegenheit anderer Aerzte ist;

4. auf Ersuchen der Ersatzbehörden die anlässlich von Zurückstellungs-, Befreiungs- und Entlassungsgesuchen in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse erforderlichen Zeugnisse auszustellen;

5. den reichsgesetzlichen Versicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften sowie ähnlichen landesrechtlichen Anstalten auf Ersuchen Zeugnisse und Gutachten über den Gesundheitszustand und die Erwerbsfähigkeit der versicherten Personen und Rentenempfänger auszustellen;

6. im Falle unmittelbarer Staatsfürsorge zur Bekämpfung einer gemeingefährlichen oder einer sonstigen übertragbaren Krankheit die ihm seitens der zuständigen Behörde etwa aufgetragene ärztliche Behandlung zu übernehmen, soweit nicht ein anderer Arzt hiermit beauftragt wird;

7. auf Weisung der zuständigen Behörde die Stellvertretung für einen benachbarten Oberamtsarzt zu übernehmen;

8. allen Privatpersonen, die auf Anordnung von öffentlichen Behörden ein amtsärztliches Zeugnis beizubringen haben, ein solches auszustellen.

Art. 5. Die Tätigkeit des Schularztes erstreckt sich auf die den Oberschulbehörden unterstellten öffentlichen Schulen, sowie auf alle Privatschulen, ferner auf die Kleinkinderschulen, Kindergärten und Kinderhorte.

Dem Schularzt liegt insbesondere ob:

1. die Untersuchung des Zustandes des ganzen Schulgebäudes und der den Zwecken der Schule dienenden weiteren Gebäude, sowie ihrer Einrichtungen und Geräte, ferner die Ueberwachung der Benützung dieser Gebäude und Einrichtungen in gesundheitlicher Beziehung;

2. die Fürsorge für die Wahrung der gesundheitlichen Anforderungen beim Unterricht;

3. die Feststellung und die Verhütung der Verbreitung von Krankheiten und Gebrechen bei Schülern und Schülerinnen und die zu diesem Zweck erforderlichen körperlichen Untersuchungen derselben.

Den Untersuchungen (Abs. 2 No. 3), die stets auf möglichst schonende Art ausgeführt werden sollen, müssen sich die Schüler und Schülerinnen unterziehen. Doch sind solche, bei denen die Untersuchung durch einen anderen approbierten Arzt vorgenommen und ein auf Grund derselben ausgefüllter Gesundheitsbogen dem Schularzt rechtzeitig vorgelegt wird, von der Untersuchung durch den letzteren befreit.

Diejenigen im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder, welche wegen eines Gebrechens nicht schulfähig sind, müssen, sofern sie sich nicht in einer Anstalt befinden, dem Schularzt von den Erziehungsberechtigten anlässlich der Untersuchung der Schulkinder jedes Jahr vorgestellt werden. Auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, aus dem der Zustand des Kindes hinreichend zu erkennen ist, oder auf Grund eigener Wahrnehmung kann der Schularzt von der Verpflichtung zu persönlicher Vorstellung befreien.

Art. 6. Die dem Oberamtsarzt obliegenden Dienstgeschäfte (Art. 1 bis 5) werden durch eine Dienstanweisung näher festgestellt.

Art. 7. Der Oberamtsarzt hat die ihm obliegenden Dienstgeschäfte, soweit nicht in Abs. 2 und 3 Ausnahmen zugelassen sind, ohne besondere Belohnung, unbeschadet der Anrechnung von Reisekosten bei auswärtigen Geschäften, zu besorgen. In dieser Weise hat er namentlich außer den in Art. 4 No. 2 genannten Verrichtungen auch alle im Laufe eines staatsanwaltschaftlichen, strafgerichtlichen oder polizeilichen Verfahrens notwendig werdenden ärztlichen Besichtigungen, Untersuchungen und Begutachtungen vorzunehmen, die nicht auf Feststellung des Tatbestandes einer strafbaren Handlung, sondern auf Ermittlung des körperlichen oder geistigen Zustandes einer Person sich beziehen, soweit dieser für die Vorladung oder Vorführung zu einem Termin, sowie für die Verbringung zur Untersuchungshaft oder zum Strafvollzug in Frage kommt.

Für alle nicht unter Abs. 1 fallenden gerichtsärztlichen Verrichtungen und von zahlungsfähigen Gefangenen für die ärztliche Behandlung nach Art. 4 No. 2 erhält der Oberamtsarzt die in der Medizinaltaxe festgesetzten Gebühren. Die daselbst bestimmten Gebühren stehen ihm auch für das Anwohnen bei Verhandlungen vor amtlichen Stellen als Sachverständiger, für die Vornahme der polizeilich angeordneten Leichenbesichtigungen und Leichenöffnungen, für die Begutachtung der auf polizeiliche Anordnung in eine Irrenanstalt einzuweisenden Geisteskranken, sowie für die Ausstellung der in Art. 4 No. 3—5 und No. 8 erwähnten Zeugnisse etc. und für die in Art. 4 No. 6 bezeichneten Verrichtungen zu.

Für die ärztliche Behandlung der dem Landjägerkorps zugeteilten Angestellten an den gerichtlichen Gefängnissen, sowie für die Wahrnehmung des ärztlichen Dienstes beim Ersatzgeschäft wird dem Oberamtsarzt aus der Staatskasse eine Vergütung gewährt.

Art. 8. Die Gehalte, wie auch, soweit hierzu nicht auf anderer Seite Verpflichtungen bestehen, etwaige Zulagen und die Nebenbezüge, werden den Oberamtsärzten aus der Staatskasse bezahlt. Wenn ein

anderer Arzt als Gerichts-, Impf- oder Schularzt staatlich bestellt ist, so erhält auch dieser seine Belohnung aus der Staatskasse; soweit die Belohnung in Gebühren besteht, finden die für die Oberamtsärzte geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Die bisher von den Amtskörperschaften, Gemeinden und Stiftungen oder sonst aus öffentlichen Kassen zu dem Dienst Einkommen der Oberamtsärzte geleisteten Beiträge kommen in Wegfall.

Die Gemeinden sind jedoch verpflichtet, soweit im Verordnungsweg nicht Ausnahmen zugelassen werden, für jedes durch den staatlichen Schularzt einer Besichtigung oder Untersuchung unterzogene Kind und für jede als gelungen zu erachtende öffentliche Impfung durch Vermittlung der Oberamtspflege eine durch Verordnung festzusetzende Gebühr an die Staatskasse zu entrichten. Die Ueberwälzung dieser Gebühren auf die Beteiligten ist nicht zulässig. Die Gemeinden sind ferner verpflichtet, auf ihre Kosten die für die ärztlichen Untersuchungen der Schüler sowie für die öffentlichen Impfungen erforderlichen Räume und ihre Anrüstung, die Schreibhilfe und die außerdem etwa nötigen Hilfspersonen, sowie die Vordrucke der Gesundheitsbogen der Schüler, der Schreiben für die Einladung der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an den ärztlichen Untersuchungen und der Schreiben für die Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten über das Ergebnis der Untersuchung zur Verfügung zu stellen. Bei Staats- und Privatschulen sind die erforderlichen Untersuchungsräume von dem Unternehmer der Schule auf seine Kosten in Bereitschaft zu setzen.

Art. 9. Der Oberamtsarzt steht vorbehaltlich der Oberaufsicht des Ministeriums des Innern unter der Dienstaufsicht des Medizinalkollegiums; als Gerichtsarzt ist er der Oberaufsicht des Justizministeriums, als Schularzt der Oberaufsicht des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens unterstellt.

Art. 10. Wird der Oberamtsarzt nach Maßgabe des Hauptfinanzetats als vollbesoldeter Beamter angestellt, so ist ihm die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis nicht gestattet. Zugelassen ist jedoch die Teilnahme an gemeinsamer, ärztlicher Beratung. Zur Ausstellung von anderen als amtlichen Gutachten sowie zur Uebernahme einer Arztstelle an einem Krankenhaus oder an einer staatlichen Anstalt ist ein vollbesoldeter Oberamtsarzt insoweit befugt, als ihm dies von dem Ministerium des Innern erlaubt wird.

Dem Oberamtsarzt, der nicht als vollbeschäftigter Beamter angestellt wird, ist die Ausübung der Privatpraxis unbeschadet seiner dienstlichen Obliegenheiten gestattet. Die näheren Bestimmungen trifft die Aufsichtsbehörde.

Art. 11. Die Aerzte, Zahnärzte, Wundärzte, Apothekenvorstände und Hebammen, sowie alle Personen, welche gewerbsmäßig mit der Krankenpflege oder, ohne hierzu öffentlich ermächtigt zu sein, mit der Ausübung der Heilkunde bei Menschen sich befassen, ferner alle für eigene Rechnung tätigen Hilfspersonen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (Desinfektoren, Masseur etc.) sind verpflichtet, bei Beginn ihrer Tätigkeit, zutreffendenfalls unter Vorlage der Prüfungszeugnisse, bei dem Oberamtsarzt mündlich oder schriftlich unter Mitteilung ihrer persönlichen Verhältnisse sich anzumelden und ihm auf sein Verlangen jederzeit die zu seiner amtlichen Geschäftsführung erforderlichen Aufschlüsse unentgeltlich zu erteilen. Bei einem Wechsel ihres Wohnorts oder bei Aufgabe ihres Berufes oder Gewerbes haben die genannten Personen bei dem Oberamtsarzt in gleicher Weise Anzeige zu erstatten.

Das Ministerium des Innern bestimmt, welche Bücher und Verzeichnisse die in Absatz 1 genannten Personen mit Ausnahme der Aerzte und Zahnärzte zu führen haben und in welchem Umfang ihre Berufsausübung und Geschäftsführung von dem Oberamtsarzt zu beaufsichtigen ist.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften (Abs. 1 und 2) können vom Oberamt mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu acht Tagen bestraft werden.

Art. 12. Bei einem vollbesoldeten Oberamtsarzt kann in die pensionsberechtigte Dienstzeit auch die Zeit eingerechnet werden, während welcher er als Arzt im Privatberuf tätig gewesen ist.

In der „Begründung“ des Entwurfs ist ausgeführt: Der Zug der Zeit sei auf Loslösung des beamteten Arztes von der ärztlichen Praxis gerichtet, daraus ergebe sich die Zusammenlegung mehrerer Oberämter zu einem Physikatsbezirk; diese biete den Vorteil, daß der Oberamtsarzt ein reichhaltigeres Arbeitsfeld, dadurch größere Übung und Erfahrung erlange und daß die Geschäftsbehandlung für größere Teile des Landes einheitlicher werde; sie berge der Gefahr schädlicher Vielgeschäftigkeit seitens des Oberamtsarztes vor und verursache geringeren Aufwand für den Staat. Die Verpflichtung zur Behandlung der Armen solle aufhören, die Beratung der Gemeinden in hygienischen Fragen, abgesehen von Reisekosten, unentgeltlich sein.

Der Oberamtsarzt solle künftig durch Vorträge und Belehrungen der Bevölkerung aufklärend wirken. Die Befugnis der Oberamtsärzte zu Leichenöffnungen bei Verdacht auf gewisse übertragbare Krankheiten solle auf dem Verordnungswege, nicht durch das Gesetz weiter geregelt werden, weil bei einigen übertragbaren Krankheiten der Erreger noch nicht bekannt, und es möglich sei, daß nach Entdeckung des-

selben bei Verdachtsfällen die Krankheit nur durch die Leichenöffnung mit Sicherheit festzustellen sei, während andererseits in Fällen, wo nach dem heutigen Zustand der Wissenschaft nur durch eine Leichenöffnung Klarheit über die Natur der Krankheit sich erlangen lasse, diese Feststellung später durch andere Mittel, z. B. durch bloße Blutuntersuchung, gelingen könne. Leichenöffnungen dürfen dabei nur auf Grund einer polizeilichen Verfügung erfolgen.

Der Oberamtsarzt solle künftig der alleinige Gerichtsarzt seines Amtsbezirks sein, sofern nicht von der zuständigen Staatsbehörde ausnahmsweise ein anderer Arzt als Gerichtsarzt bestellt werde, damit der Oberamtsarzt in seiner gerichtsarztlichen Tätigkeit möglichst viel Uebung erlange. Für einen künftig etwa freiwillig von der Amtskörperschaft aufgestellten Oberamtswundarzt stehe den Staatsbehörden ein Bestätigungsrecht nicht zu.

Die öffentliche Impfung in Stuttgart werde der Zentralimpfarzt zu besorgen haben, er werde auch mit der Stellvertretung des Stadtdirektionsarztes zu betrauen sein.

Des Schularztes wichtigste Aufgabe werde es sein, allgemeine Gesundheitsgefährdungen und Gesundheitsschädigungen bei der heranwachsenden Jugend, wie solche durch unzweckmäßige und ungenügende Ernährung, ungesundes Wohnen, körperliche und geistige Anstrengung, ungenügende Bewegung oder zu kurzen Aufenthalt in frischer Luft, Alkoholgenuß etc. hervorgerufen werden, möglichst frühzeitig zu entdecken und Abhilfe vorzuschlagen. Durch die Ausübung der Schularzt-tätigkeit erhalte der Oberamtsarzt den besten Einblick in die gesundheitlichen Verhältnisse seines Amtsbezirks. Ein ersprießliches Wirken des Schularztes sei nur möglich bei großem Material und bei großer Uebung und dürfe deshalb die schulärztliche Tätigkeit nicht verzettelt werden. Die Tätigkeit des Schularztes solle sich erstrecken auf alle höheren Knaben- und Mädchenschulen, Volksschulen, Mittelschulen, Fortbildungsschulen, Privatschulen, Kleinkinderschulen, Kindergärten und Kinderhorte, und zwar auf alle Schüler. Schüler, welche von ihrem Hausarzt untersucht einen von diesem ausgefüllten Gesundheitsbogen dem Schularzt rechtzeitig vorlegen, werden von letzterem nur besichtigt, nicht untersucht. Auch alle wegen eines Gebrechens nicht schulfähigen Kinder seien jedes Jahr dem Schularzt vorzustellen.

Die Schularzt-tätigkeit wie das öffentliche Impfgeschäft seien ohne besondere Belohnung abgesehen von etwaigen Reisekosten zu besorgen, für diese Leistungen aber sollen die Gemeinden dem Staat ein bestimmtes Entgelt entrichten.

Der Oberamtsarzt solle künftig der Aufsicht des Medizinalkollegiums unterstellt sein, auch als Gerichts- und Schularzt; das Medizinalkollegium habe dabei aber seine Entschlüsse erst zu treffen, wenn es zuvor mit den beteiligten Gerichts- oder Schulbehörden ins Benehmen getreten sei.

Dem vollbesoldeten Oberamtsarzt solle die Ausübung der ärztlichen Praxis nicht gestattet sein, wohl aber gemeinsame Beratungen mit anderen Aerzten und mit Erlaubnis des Ministeriums des Innern die Ausstellung von Gutachten für Lebens- und Unfallversicherungen und die Uebernahme der Arztstelle an einem Krankenhaus oder einer staatlichen Anstalt.

Personen, welche sich gewerbsmäßig mit der Krankenpflege oder ohne öffentliche Ermächtigung mit der Ausübung der Heilkunde befassen sowie die auf eigene Rechnung tätigen Hilfspersonen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens sollen denselben Meldevorschriften und denselben Bestimmungen über Auskunftserteilung unterworfen werden wie seither die öffentlich ermächtigten Medizinalpersonen, ob nun das Gesetz gegen Mißstände im Heilgewerbe im Reichstag angenommen wird oder nicht. Dagegen solle die Meldepflicht der Tierärzte beim Oberamtsarzt wegfallen.

Bei der Pensionierung der Oberamtsärzte soll ihnen die im Privatberuf in selbständiger Tätigkeit verbrachte Zeit in die pensionsberechtigte Dienstzeit eingerechnet werden können.

Der Begründung des Gesetzentwurfs ist der Entwurf einer „Dienst-anweisung für den Schularzt“ angefügt, ebenso ein Muster des „Gesundheitsbogens“, welcher über jedes Kind zu führen ist und in welchen dreimal während der Schulzeit der Untersuchungsbefund eingetragen werden soll.

Bei der ersten Beratung des Entwurfs in der zweiten Kammer am 20. und 21. Januar zeigte sich fast auf allen Seiten des Hauses Geneigtheit, auf diesen einzugehen, und er wurde zu weiterer Beratung an eine Kommission verwiesen. Nur ein Vertreter des Bauernbundes sprach sich wegen der dadurch entstehenden Kosten und weil es weitere Entwicklung der Bureaukratie befürchten lasse, dagegen aus, wurde aber von einem eigenen Parteigenossen abgeschüttelt. Minister von Pischek führte aus, daß die Bekämpfung der gemeingefährlichen und der übertragbaren Krankheiten jetzt schon eine bedeutende Erweiterung der oberamtsärztlichen Tätigkeit ergebe, daß er beabsichtige, den schulärztlichen Dienst abgesehen von einigen großen Städten den Oberamtsärzten im ganzen Lande zu übertragen, daß deren Besoldung künftig nur dem Staat, nicht mehr auch den Gemeinden und Amtskorporationen auferlegt und daß allmählich mehrere Oberamtsbezirke zu einem Physikalbezirke

zusammengelegt, daß zunächst aber nur einige wenige vollbeschäftigte, von der Privatpraxis losgelöste Oberamtsärzte angestellt werden sollen, daß wie bisher nicht etwa besonders herangezogene Kreisassistentenärzte, sondern Männer aus der Zahl der praktischen Aerzte, welche sich in langjähriger Tätigkeit erprobt haben, Oberamtsarztstellen bekommen werden. In bezug auf den Schularzt hob der Minister hervor, daß dieser sich nach seiner Ansicht jeder ärztlichen Behandlung der kranken Schüler zu enthalten habe.

Medizinaldirektor Dr. von Rembold ging näher auf die einzelnen Obliegenheiten des Oberamtsarztes, wie sie die Neuzeit und der Entwurf bedingen, ein, und Minister von Fleischhauer sprach namentlich für gleichartige Erhebungen der Schularzte durch das ganze Land hin und hob die seitherigen großen Differenzen in den Untersuchungsergebnissen der einzelnen jetzigen städtischen Schularzte hervor.

Das einzige ärztliche Mitglied der Kammer, Dr. Bauer (Volks-partei), sprach sich in seinen eingehenden, sachgemäßen, auf reiche Erfahrung gegründeten Darlegungen günstig über den Entwurf aus. Er warnte nur vor Schaffung einer medizinischen Bureaukratie, medizinische Bureaukraten seien noch schlimmer als andere. Dr. Bauer bekämpfte weiter die im Entwurf enthaltene Verpflichtung, nicht aber das Recht der Oberamtsärzte zur Ausstellung von Zeugnissen und Gutachten für Zwecke der staatlichen Versicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften und wird dabei die meisten Oberamtsärzte auf seiner Seite haben. Ferner will er den Oberamtsärzten die Stellen der Vertrauensärzte für Krankenkassen sowie die Bahn- und Postarztstellen offen halten. Entschieden erklärt er sich gegen die Unterstellung der Oberamtsärzte unter das Medizinalkollegium, er wünscht diese Behörde abgeschafft, durch einen medizinischen Referenten beim Ministerium des Innern ersetzt und die Oberamtsärzte dem Ministerium selbst unterstellt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Lindemann erkennt an, daß trotz der Vermehrung der Zahl der Beamten die Anstellung vollbeschäftigter und demgemäß vollbezahlter Gesundheitsbeamter gemäß der Entwicklung unserer Verhältnisse zweckmäßig sei, und sagt zu, daß auch seine Partei bereit sei, die Kosten mit aufbringen zu helfen. Er spricht sich sogar für eine selbständige Exekutive der Gesundheitsbeamten aus. Dagegen bekämpft er die Absicht des Entwurfs, den nicht approbierten Heilpersonen die Führung von Verzeichnissen und Büchern aufzuerlegen, und findet das Heil gegen Kurpfuscher einzig in Aufklärung der Bevölkerung.

Ein Lehrer wendet sich gegen die Ausführlichkeit der „Gesundheitsbogen“. Ein anderer Abgeordneter wünscht als weitere Obliegenheit der beamteten Aerzte die periodische Untersuchung der in der Nahrungsmittelbranche beschäftigten Heimarbeiter bzw. Beteiligung an der Gewerbeinspektion.

Die größte Schwierigkeit wird dem Entwurf die Frage der Zusammenlegung der Bezirke bereiten, kein Abgeordneter wird seinem Bezirk eine Beamtung entgehen lassen wollen.

Die Besoldungsfrage soll erst im Etatsgesetz geregelt werden.

Die Aerzte des Landes aber, Oberamtsärzte wie praktische Aerzte, werden mit Befriedigung den ihnen wie der Bevölkerung wohlwollend gegenüberstehenden, wohlgedachten Gesetzentwurf begrüßt haben. Möge er, wenigstens in seinen Hauptzügen, Gesetz werden!